

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

### **des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft (10. Ausschuss)**

- a) zu dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD  
– Drucksache 18/3726 –

#### **Gesunde Ernährung stärken – Lebensmittel wertschätzen**

- b) zu dem Antrag der Abgeordneten Karin Binder, Caren Lay, Dr. Dietmar Bartsch, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.  
– Drucksache 18/3730 –

#### **Gute Lebensmittel für eine gesunde Ernährung**

- c) zu dem Antrag der Abgeordneten Nicole Maisch, Friedrich Ostendorff, Harald Ebner, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
– Drucksache 18/3733 –

#### **Gute Ernährung für alle**

##### **A. Problem**

Zu Buchstabe a

Eine gesunde und ausgewogene Ernährung ist für die Fraktionen der CDU/CSU und SPD ein wichtiger Bestandteil eines gesunden Lebensstils. In Deutschland nehmen nach Angaben der Antragsteller gesundheitliche Risiken und Krankheiten wie Übergewicht, Fettleibigkeit und Herz-Kreislauf-Erkrankungen, deren Ursachen auch ein

ungesundes Essverhalten und mangelnde Bewegung sind, zu. Besonders besorgniserregend sind diese Entwicklungen bei jungen Menschen. Die Fraktionen der CDU/CSU und SPD wollen zu einem gesunden Lebensstil motivieren, positive Anreize setzen und dass Kinder und Jugendliche unabhängig von der finanziellen Situation ihrer Eltern an einer gesunden und ausgewogenen Verpflegung teilhaben können.

Mit dem Antrag auf Drucksache 18/3726 soll die Bundesregierung insbesondere aufgefördert werden,

1. im Bereich gesunde Ernährung und Prävention sich dafür einzusetzen, dass die Qualitätsstandards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung e. V. (DGE) als einheitliche Mindeststandards für die Verpflegung insbesondere in Krankenhäusern, Pflegeeinrichtungen und allen öffentlichen Gemeinschaftskantinen eingeführt werden;
2. im Hinblick auf eine gesunde Ernährung für Kinder und Jugendliche den Erwerb des Ernährungsführerscheins für Grundschulkinder weiter zu ermöglichen und den Erwerb in weiterführenden Schulen in Zusammenarbeit mit Initiativen wie den Landfrauen auszubauen;
3. gemeinsam mit den Bundesländern darauf hinzuwirken, dass Anbieter von Mittagsverpflegung sich im Rahmen eines „ErnährungstÜVs“ (Qualifizierungsnachweis) qualifizieren müssen;
4. gemeinsam mit der Lebensmittelwirtschaft und dem Lebensmittelhandel eine nationale Strategie für die Reduktion von Zucker, Fetten und Salz in Fertigprodukten zu erarbeiten und mit diesen darauf hinzuwirken, dass „quengelfreie“ (süßigkeitenfreie) Kassen in Supermärkten angeboten werden;
5. die Reduzierung vermeidbarer Lebensmittelabfälle konsequent voranzutreiben, insbesondere mit der Wirtschaft ein verstärktes Angebot kleiner Packungsgrößen zu vereinbaren, das den Bedürfnissen von Singles und allein lebenden älteren Menschen Rechnung trägt.

Zu Buchstabe b

Die Gründe für eine gesunderhaltende oder gesundheitsbelastende Ernährungsweise sind laut der Fraktion DIE LINKE. vielfältig. Eine ausgewogene und gesunderhaltende Ernährungsweise wird für sie auch durch Lebensmittel aus regionaler und saisonaler Erzeugung unterstützt. Einen großen Einfluss darauf, für welche Lebensmittel sich die Verbraucherinnen und Verbraucher entscheiden, haben für sie u. a. verfügbare und verständliche Informationen über Lebensmittel. Für Kaufentscheidungen, die eine gesundheitsorientierte Ernährung ermöglichen, müssen für die Antragsteller bei der Nährwertzusammensetzung von Lebensmitteln insbesondere hohe Fett-, Zucker- und Salzgehalte klar erkennbar sein. Aus Sicht der Antragsteller sind die auf Lebensmittelverpackungen zu findenden „Richtwerte für die Tageszufuhr“ (GDA: Guideline Daily Amounts) an Nährstoffen und Energie hierfür unzureichend, da sie laut der Fraktion DIE LINKE. zu oft den Verbraucherinnen und Verbrauchern zu geringe Kalorien-, Fett-, Zucker- und Salzgehalte suggerieren.

Mit dem Antrag auf Drucksache 18/3730 soll die Bundesregierung insbesondere aufgefördert werden, einen Gesetzentwurf vorzulegen, mit dem die sog. Nährwertampel eingeführt wird, um verbraucherfreundliche und vergleichbare Lebensmittelinformationen für eine gesundheitsorientierte Ernährung zu ermöglichen sowie den Auskunftsanspruch der Verbraucherinnen und Verbraucher zu sozialen und ökologischen Herstellungs- und Lieferbedingungen von Lebensmitteln im Verbraucherinformationsgesetz zu verankern. Die Bundesregierung soll zudem u. a. die Finanzierung einer hochwertigen und flächendeckenden Verpflegung in Schulen und Kindertagesstätten einschließlich verbindlicher Qualitätsstandards durch den Bund sicherstellen und durch Schwerpunktförderung die regionale Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung von Lebensmitteln im Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft deutlich stärken. Ferner soll die Bundesregierung in Zusammenarbeit mit

den Ländern ein Verbot der direkten und indirekten Bewerbung von Lebensmittelmarken und unternehmensbezogenen Produktgruppen in Erziehungs- und Bildungseinrichtungen sicherstellen.

Zu Buchstabe c

Die Art, wie Lebensmittel produziert und konsumiert werden, hat laut der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN weitreichende Konsequenzen für alle Menschen sowie für Tiere und Umwelt. Immer mehr Menschen achten nach Darstellung der Antragsteller bei Lebensmitteln auf Qualität, Herkunft und natürlichen Geschmack. Vor diesem Hintergrund muss nach Ansicht der Antragsteller die Politik verbesserte Rahmenbedingungen für sichere, gesunde Lebensmittel und eine faire, tier- und umweltgerechte Erzeugung von Lebensmitteln schaffen. Zudem muss sie laut der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Ermöglichung bewusster Konsumententscheidungen die Verbraucherinformation optimieren und gegen Verbrauchertäuschung entschieden vorgehen.

Mit dem Antrag auf Drucksache 18/3733 soll die Bundesregierung insbesondere aufgefördert werden,

- nach dem Vorbild der bestehenden Kennzeichnungsregelungen für Frischeier eine verlässliche und transparente Tierhaltungskennzeichnung für Fleisch einzuführen sowie ein Konzept für eine Nährwertampel vorzulegen und damit von der Möglichkeit der Lebensmittelinformationsverordnung der Europäischen Union (EU) Gebrauch zu machen, nach der Mitgliedstaaten den Lebensmittelunternehmen empfehlen können, eine zusätzliche Darstellung der Nährwertdeklaration zu verwenden;
- sich entschlossen für eine Ächtung des Klonens von Nutztieren und ein Verbot des Inverkehrbringens von Produkten von Klontieren einschließlich der Produkte der Nachkommen geklonter Tiere einzusetzen;
- das Präventionsgesetz so nachzubessern, dass auch gesunde Ernährung in den Alltag von Kindertagesstätten, Schulen, Unternehmen, Pflegeeinrichtungen und anderen Lebenswelten besser integriert werden kann;
- mit einem Bundesprogramm Regionalvermarktung den Aufbau regionaler Wirtschaftskreisläufe zu fördern und einen eigenen Schwerpunkt zur Förderung des regionalen Lebensmittelhandwerks innerhalb der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) festzuschreiben;
- die Datenlage über das tatsächliche Ausmaß der Lebensmittelabfälle auf allen Stufen der Wertschöpfungskette zu verbessern und mehr Transparenz über die Höhe der Lebensmittelverluste sowie deren Ursachen zu schaffen;
- wirksam gegen das zunehmende Risiko multiresistenter Keime vorzugehen. Dazu müssen die Haltungsbedingungen von Tieren so verbessert werden, dass diese nur in Ausnahmefällen Antibiotika brauchen. Reserveantibiotika müssen aus den Ställen verbannt und Mengenrabatte beim Handel mit Antibiotika abgeschafft werden, da diese enorme Fehlanreize setzen;
- auf der Ebene der EU im Rat gegen Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP) und Kanada (CETA) zu stimmen, wenn Standards für Lebensmittelsicherheit und Verbraucherschutz nicht uneingeschränkt erhalten bleiben und die Europäische Union bei der Setzung künftiger Standards eingeschränkt wird;
- festzuschreiben, dass die aus Arbeitsschutzgründen und zur Erfüllung der Arbeitstätigkeit notwendige Ausrüstung für Arbeitskräfte durch den Arbeitgeber gestellt werden muss.

## **B. Lösung**

Zu Buchstabe a

**Annahme des Antrags auf Drucksache 18/3726 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.**

Zu Buchstabe b

**Ablehnung des Antrags auf Drucksache 18/3730 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.**

Zu Buchstabe c

**Ablehnung des Antrags auf Drucksache 18/3733 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.**

## **C. Alternativen**

Zu Buchstabe a

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 18/3726.

Zu Buchstabe b

Annahme des Antrags auf Drucksache 18/3730.

Zu Buchstabe c

Annahme des Antrags auf Drucksache 18/3733.

## **D. Kosten**

Wurden nicht erörtert.

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,

- a) den Antrag auf Drucksache 18/3726 anzunehmen,
- b) den Antrag auf Drucksache 18/3730 abzulehnen,
- c) den Antrag auf Drucksache 18/3733 abzulehnen.

Berlin, den 20. Mai 2015

## **Der Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft**

**Alois Gerig**  
Vorsitzender

**Katharina Landgraf**  
Berichterstatterin

**Jeannine Pflugradt**  
Berichterstatterin

**Karin Binder**  
Berichterstatterin

**Nicole Maisch**  
Berichterstatterin

## Bericht der Abgeordneten Katharina Landgraf, Jeannine Pflugradt, Karin Binder und Nicole Maisch

### I. Überweisung

Zu den Buchstaben a und c

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 79. Sitzung am 15. Januar 2015 den Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD auf **Drucksache 18/3726** sowie den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf **Drucksache 18/3733** an den Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft zur federführenden Beratung sowie zur Mitberatung an den Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz, den Finanzausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Energie, den Ausschuss für Arbeit und Soziales, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuss für Gesundheit, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung und an den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

Zu Buchstabe b

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 79. Sitzung am 15. Januar 2015 den Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf **Drucksache 18/3730** an den Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft zur federführenden Beratung sowie zur Mitberatung an den Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz überwiesen.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Zu Buchstabe a

Eine gesunde und ausgewogene Ernährung ist für die Fraktionen der CDU/CSU und SPD ein wichtiger Bestandteil eines gesunden Lebensstils. In Deutschland nehmen nach Angaben der Antragsteller gesundheitliche Risiken und Krankheiten wie Übergewicht, Fettleibigkeit und Herz-Kreislauf-Erkrankungen, deren Ursachen auch ein ungesundes Essverhalten und mangelnde Bewegung sind, zu. Besonders besorgniserregend sind diese Entwicklungen bei jungen Menschen.

Laut den Fraktionen der CDU/CSU und SPD können und wollen Politik und Staat den Menschen keinen bestimmten Lebensstil vorgeben. Die Politik kann sie aber mit unterschiedlichen Maßnahmen und Angeboten dabei unterstützen, Kompetenzen zur Ausprägung eines eigenen, gesundheitsfördernden und nachhaltigen Lebensstils zu erwerben.

Die Fraktionen der CDU/CSU und SPD wollen zu einem gesunden Lebensstil motivieren, positive Anreize setzen und darauf hinwirken, dass insbesondere an Kindertagesstätten und Schulen alle Kinder und Jugendlichen unabhängig von der finanziellen Situation ihrer Eltern an einer gesunden und ausgewogenen Verpflegung teilhaben können. Zudem wollen die Antragsteller die Ernährungsbildung und das Wissen über Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion stärken. Die Verbraucherinnen und Verbraucher sollen für den Wert der Lebensmittel sensibilisiert werden, damit sie ihren Beitrag zur Reduktion vermeidbarer Lebensmittelabfälle leisten können.

Mit dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD auf Drucksache 18/3726 soll die Bundesregierung insbesondere aufgefordert werden,

- im Bereich gesunde Ernährung und Prävention
  - bei der Entwicklung einer nationalen Präventionsstrategie darauf hinzuwirken, dass die gesundheitlichen Risikofaktoren unausgewogene Ernährung und Bewegungsmangel angemessen berücksichtigt werden;
  - sich dafür einzusetzen, dass die Qualitätsstandards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung e. V. (DGE) als einheitliche Mindeststandards für die Verpflegung insbesondere in Krankenhäusern, Pflegeeinrichtungen und allen öffentlichen Gemeinschaftskantinen eingeführt werden;
  - Initiativen zur gesunden Ernährung wie „IN FORM“ und „Gesund ins Leben“ weiterzuführen und auszubauen (u. a. im Rahmen der nationalen Präventionsstrategie);
  - bewährte Bundesprogramme der Familienförderung im Hinblick auf den Schwerpunkt „Gesunde Ernährung“ ergänzend zu profilieren und mit den erforderlichen finanziellen Mitteln auszustatten;

- im Hinblick auf gesunde Ernährung für Kinder und Jugendliche
  - die erfolgreiche Arbeit der Schulvernetzungsstellen auch über die Jahre 2016/2017 hinaus zu unterstützen;
  - sich auf der Ebene der Europäischen Union (EU) dafür einzusetzen, die Programme für Schulobst und -gemüse sowie für Schulmilch zusammenzuführen und dabei so auszugestalten, dass eine Teilnahme der Bundesländer erleichtert wird;
  - den Erwerb des Ernährungsführerscheins für Grundschul Kinder weiter zu ermöglichen und den Erwerb in weiterführenden Schulen in Zusammenarbeit mit Initiativen wie den Landfrauen auszubauen;
- gemeinsam mit den Bundesländern darauf hinzuwirken, dass
  - Anbieter von Mittagsverpflegung sich im Rahmen eines „ErnährungstÜVs“ qualifizieren (Qualifizierungsnachweis) müssen;
  - die DGE künftig als Nationales Qualitätszentrum die Vernetzungsstellen Schulverpflegung dabei unterstützt, die Qualität der Verpflegung weiter zu verbessern und durch Maßnahmen Caterer qualifiziert werden;
  - die Erkenntnisse aus einer Studie der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg zur Schulverpflegung rasch umgesetzt und die DGE-Qualitätsstandards an Schulen und Kindertagesstätten in den Ausschreibungsverfahren und Verträgen mit den Trägern verankert werden;
  - im Wege einer Bund-Länder-Gruppe das Leitbild einer gesunden, nachhaltig erzeugten und vielfältigen Kindertagesstätten- und Schulverpflegung erarbeitet wird;
  - Ernährungsaufklärung und Verbraucherbildung an Schulen und anderen Bildungseinrichtungen in den Lehrplänen und in der Aus- und Fortbildung von Lehrern und Erziehern verankert wird;
  - an Kindertagesstätten und Grundschulen keine Süßigkeiten, kein Knabberzeug, Fast-Food und keine Softdrinks beworben werden;
  - Kinder und Jugendliche z. B. über Schulgärten, Bauernhof-Schulpatenschaften o. Ä. lebensnah den Ursprung des Essens vermittelt bekommen;
- gemeinsam mit der Lebensmittelwirtschaft und dem Lebensmittelhandel
  - eine nationale Strategie zu erarbeiten für die Reduktion von Zucker, Fetten und Salz in Fertigprodukten;
  - darauf hinzuwirken, dass „quengelfreie“ (süßigkeitenfreie) Kassen in Supermärkten angeboten werden;
  - einen permanenten und vielfältigen gesellschaftlichen Dialog der landwirtschaftlichen Produzenten, der verarbeitenden Wirtschaft und deren jeweiligen Spitzenverbänden mit den Verbraucherinnen und Verbrauchern zu unterstützen;
- die Reduzierung vermeidbarer Lebensmittelabfälle konsequent voranzutreiben, insbesondere
  - mit der Wirtschaft ein verstärktes Angebot kleiner Packungsgrößen zu vereinbaren, das den Bedürfnissen von Singles und allein lebenden älteren Menschen Rechnung trägt;
  - die EU-Kommission in dem Vorhaben zu unterstützen, bei nichtverderblichen Lebensmitteln auf die Angabe eines Mindesthaltbarkeitsdatums zu verzichten;
  - sich auf EU-Ebene für die Abschaffung der noch verbliebenen obsoleten Handelsnormen einzusetzen;
  - weiterhin gezielt an der Reduzierung von vermeidbaren Lebensmittelabfällen zu arbeiten und dabei die gesamte Wertschöpfungskette einzubeziehen und die Kampagne „Zu gut für die Tonne“ auszubauen und fortzuführen.

#### Zu Buchstabe b

Die Gründe für eine gesunderhaltende oder gesundheitsbelastende Ernährungsweise sind laut der Fraktion DIE LINKE. vielfältig. Eine ausgewogene und gesunderhaltende Ernährungsweise wird für sie auch durch Lebensmittel aus regionaler und saisonaler Erzeugung unterstützt. Einen großen Einfluss darauf, für welche Lebensmittel sich die Verbraucherinnen und Verbraucher entscheiden, haben für sie u. a. verfügbare und verständliche Informationen über Lebensmittel. Für Kaufentscheidungen, die eine gesundheitsorientierte Ernährung ermöglichen, müssen für die Antragsteller bei der Nährwertzusammensetzung von Lebensmitteln insbesondere hohe Fett-, Zucker- und Salzgehalte klar erkennbar sein. Aus Sicht der Antragsteller sind die auf Lebensmittelverpackungen zu findenden „Richtwerte für die Tageszufuhr“ (GDA: Guideline Daily Amounts) an Nährstoffen

und Energie hierfür unzureichend, da sie laut der Fraktion DIE LINKE. zu oft den Verbraucherinnen und Verbrauchern zu geringe Kalorien-, Fett-, Zucker- und Salzgehalte suggerieren.

Besonders nachteilig für eine ausgewogene Ernährung wirkt sich laut der Fraktion DIE LINKE. auch der erhebliche Werbedruck auf Kinder und ihre Eltern aus. Das bestehende Verbraucherinformationsgesetz gibt bisher den Verbraucherinnen und Verbrauchern nicht die Möglichkeit, vom Unternehmen selbst zu erfahren, unter welchen sozialen und ökologischen Bedingungen Lebensmittel hergestellt, angebaut oder verkauft werden. Auf diese wichtigen Faktoren kann die Politik laut der Fraktion DIE LINKE. vorteilhaft einwirken, um eine gesundheitsfördernde Ernährungsweise zu fördern und um die Verbraucherinnen und Verbraucher zu stärken.

Mit dem Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf Drucksache 18/3730 soll die Bundesregierung insbesondere aufgefordert werden,

- einen Gesetzentwurf vorzulegen, mit dem
  - die sog. Nährwertampel eingeführt wird, um verbraucherfreundliche und vergleichbare Lebensmittelinformationen für eine gesundheitsorientierte Ernährung zu ermöglichen;
  - der Auskunftsanspruch der Verbraucherinnen und Verbraucher zu sozialen und ökologischen Herstellungs- und Lieferbedingungen von Lebensmitteln im Verbraucherinformationsgesetz verankert wird;
  - die Lebensmittelbuch-Kommission dem Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) unterstellt wird, wobei Wirtschaft, Wissenschaft und unabhängige Verbraucherverbände einzu beziehen sowie alle Vorgänge und Entscheidungen des Gremiums zu veröffentlichen sind;
  - Lebensmittelwerbung, die sich an Kinder und Jugendliche richtet, auch über den Umweg der Erziehungsberechtigten oder anderer Ernährungsvorbilder konsequent eingeschränkt wird;
  - die Finanzierung einer hochwertigen und flächendeckenden Verpflegung in Schulen und Kindertagesstätten einschließlich verbindlicher Qualitätsstandards durch den Bund sichergestellt wird;
  - die Wertschätzung von Lebensmitteln gesteigert wird, indem die Zielmarke zur Minderung von Verlusten um 50 Prozent bis 2020 in allen Stufen der Lebensmittelkette von der landwirtschaftlichen Erzeugung über die Verarbeitung, Herstellung und den Handel bis hin zur Gastronomie und zu Privathaushalten verbindlich festgeschrieben wird;
- durch Schwerpunktförderung
  - die Einführung der Nährwertampel mit einer umfassenden Informationskampagne für die Verbraucherinnen und Verbraucher zu begleiten;
  - die regionale Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung von Lebensmitteln im Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft deutlich zu stärken;
- in Zusammenarbeit mit den Ländern ein Verbot der direkten und indirekten Bewerbung von Lebensmittelmarken und unternehmensbezogenen Produktgruppen in Erziehungs- und Bildungseinrichtungen sicherzustellen.

Zu Buchstabe c

Die Art, wie Lebensmittel produziert und konsumiert werden, hat laut der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN weitreichende Konsequenzen für die Menschen in Deutschland und in anderen Regionen der Erde sowie für Tiere und Umwelt. Immer mehr Menschen achten nach Darstellung der Antragsteller bei Lebensmitteln auf Qualität, Herkunft und natürlichen Geschmack. Regional- und Bioprodukte verzeichnen laut Antragstellern eine steigende Nachfrage. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bemängelt eine aus ihrer Sicht voranschreitende Industrialisierung der Lebensmittelproduktion. Dadurch verschwinden laut den Antragstellern neben vielen Bauernhöfen auch verarbeitende Betriebe wie Metzgereien und Bäckereien, die besonders im ländlichen Raum Arbeitsplätze und die Nahversorgung mit Lebensmitteln aus der Region sichern. Vor diesem Hintergrund muss nach Ansicht der Antragsteller die Politik verbesserte Rahmenbedingungen für sichere, gesunde Lebensmittel und eine faire, tier- und umweltgerechte Erzeugung von Lebensmitteln schaffen. Zudem muss sie laut der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Ermöglichung bewusster Konsumentenscheidungen die Verbraucherinformation optimieren und gegen Verbrauchertäuschung entschieden vorgehen.

Mit dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 18/3733 soll die Bundesregierung insbesondere aufgefordert werden,

- nach dem Vorbild der bestehenden Kennzeichnungsregelungen für Frischeier eine verlässliche und transparente Tierhaltungskennzeichnung für Fleisch einzuführen, damit die Konsumenten auf einen Blick erkennen können, wie die Tiere gehalten wurden;



- ein Konzept für eine Nährwertampel vorzulegen und damit von der Möglichkeit der Lebensmittelinformationsverordnung der EU Gebrauch zu machen, nach der Mitgliedstaaten der EU den Lebensmittelunternehmen empfehlen können, eine zusätzliche Darstellung der Nährwertdeklaration zu verwenden;
- eine sichere Rechtsgrundlage für eine bundeseinheitliche Hygienekennzeichnung für Gaststätten und lebensmittelverarbeitende Betriebe in Form eines Hygienebarometers oder Smileys zu verankern;
- sich entschlossen für eine Ächtung des Klonens von Nutztieren und ein Verbot des Inverkehrbringens von Produkten von Klontieren einschließlich der Produkte der Nachkommen geklonter Tiere einzusetzen. Sofern Importe nicht verhindert werden können, müssen Verbraucherinnen und Verbraucher zumindest die Möglichkeit haben, diese zu erkennen;
- sich mit hoher Priorität auf EU-Ebene für die Kennzeichnung von Lebensmitteln von Tieren und ihren Produkten einzusetzen, die mit Gentechnikfuttermitteln gefüttert wurden;
- die neuen Möglichkeiten für nationale Anbauverbote von Gentechnikpflanzen umfassend und bundesweit einheitlich umzusetzen und anzuwenden;
- das Präventionsgesetz so nachzubessern, dass auch gesunde Ernährung in den Alltag von Kindertagesstätten, Schulen, Unternehmen, Pflegeeinrichtungen und anderen Lebenswelten besser integriert werden kann;
- sich gemeinsam mit den Bundesländern, den Kommunen und Schulträgern dafür einzusetzen, die Empfehlungen der DGE für die Kindertagesstätten- und Schulverpflegung zur Grundlage zu machen;
- ihren Beitrag zu leisten, um die „Vernetzungsstellen Schulverpflegung“ umgehend und langfristig finanziell abzusichern und diese gemeinsam mit den Ländern zu Kompetenzzentren auch für die Kindertagesstätten weiterzuentwickeln;
- dem Rückgang des regionalen Lebensmittelhandwerks, etwa von Bäckereien und Metzgereien, durch eine nachhaltige, partizipative und integrative Regionalentwicklung aktiv entgegenzuwirken, um qualifizierte Arbeitsplätze in der Fläche zu erhalten und die Nahversorgung im ländlichen Raum sicherzustellen;
- mit einem Bundesprogramm Regionalvermarktung den Aufbau regionaler Wirtschaftskreisläufe zu fördern und einen eigenen Schwerpunkt zur Förderung des regionalen Lebensmittelhandwerks innerhalb der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) festzuschreiben;
- auf eine EU-weit einheitliche und verbindliche Regionalkennzeichnung hinzuwirken;
- die Datenlage über das tatsächliche Ausmaß der Lebensmittelabfälle auf allen Stufen der Wertschöpfungskette zu verbessern und mehr Transparenz über die Höhe der Lebensmittelverluste sowie deren Ursachen zu schaffen;
- gemeinsam mit den beteiligten Akteuren konkrete, verbindliche Reduktionsziele für jede Branche und jede Stufe der Wertschöpfungskette festzulegen. Dafür müssen Konzepte vorgelegt werden zur Abfallreduktion, beispielsweise durch Entwicklung abfallarmer Produktionsverfahren oder innovativer Nutzungskonzepte für Produktionsreste, das Angebot von bedarfsgerechten Portionsgrößen oder intelligenten Verpackungen;
- wirksam gegen das zunehmende Risiko multiresistenter Keime vorzugehen. Dazu müssen die Haltungsbedingungen von Tieren so verbessert werden, dass diese nur in Ausnahmefällen Antibiotika brauchen. Reserveantibiotika müssen aus den Ställen verbannt und Mengenrabatte beim Handel mit Antibiotika abgeschafft werden, da diese enorme Fehlanreize setzen;
- das Trinkwasser wirksam zu schützen durch ein verschärftes Düngegesetz und eine striktere Düngeverordnung, welche die Güllemengen deutlich reduzieren;
- Gesundheitsrisiken und Verbrauchertäuschung aktiv vorzubeugen und Korruption zu bekämpfen. Dafür müssen die Frühwarnsysteme auf EU-Ebene und Bundesebene verbessert und Verstöße schärfer sanktioniert werden;
- im Rat der EU gegen Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP) und Kanada (CETA) zu stimmen, wenn Standards für Lebensmittelsicherheit und Verbraucherschutz nicht uneingeschränkt erhalten bleiben und die Europäische Union bei der Setzung künftiger Standards eingeschränkt wird;
- sich nicht nur für den Erhalt regionaler Kennzeichnungen in CETA und TTIP einzusetzen, sondern dafür zu sorgen, dass künftig auch eine Verbesserung gesetzlicher Kennzeichnungsregeln umgesetzt werden kann, nicht nur hinsichtlich der Herkunftskennzeichnung, sondern auch hinsichtlich der Kennzeichnung besonderer Qualitätsmerkmale;

- dafür zu sorgen, dass das europäische Vorsorgeprinzip als grundsätzliches Prinzip im Verbraucher-, Umwelt- und Gesundheitsschutz nicht nur in CETA und TTIP uneingeschränkt erhalten bleibt, sondern sich auch in den Handelsverträgen wiederfindet;
- festzuschreiben, dass die aus Arbeitsschutzgründen und zur Erfüllung der Arbeitstätigkeit notwendige Ausrüstung für Arbeitskräfte durch den Arbeitgeber gestellt werden muss;
- den Missbrauch von Werkverträgen durch rechtswidrige Vertragskonstruktionen zu verhindern, indem die Abgrenzungskriterien zwischen Werkvertrag und Leiharbeit weiterentwickelt und gesetzlich verankert werden.

### III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu Buchstabe a

Der **Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz** hat in seiner 55. Sitzung am 20. Mai 2015 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, dem Antrag auf Drucksache 18/3726 zuzustimmen.

Der **Finanzausschuss** hat in seiner 42. Sitzung am 20. Mai 2015 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, dem Antrag auf Drucksache 18/3726 zuzustimmen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** hat in seiner 40. Sitzung am 20. Mai 2015 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, dem Antrag auf Drucksache 18/3726 zuzustimmen.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat in seiner 44. Sitzung am 20. Mai 2015 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, dem Antrag auf Drucksache 18/3726 zuzustimmen.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat in seiner 37. Sitzung am 20. Mai 2015 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, dem Antrag auf Drucksache 18/3726 zuzustimmen.

Der **Ausschuss für Gesundheit** hat in seiner 44. Sitzung am 20. Mai 2015 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, dem Antrag auf Drucksache 18/3726 zuzustimmen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit** hat in seiner 47. Sitzung am 20. Mai 2015 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, dem Antrag auf Drucksache 18/3726 zuzustimmen.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat in seiner 34. Sitzung am 20. Mai 2015 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, dem Antrag auf Drucksache 18/3726 zuzustimmen.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat in seiner 36. Sitzung am 20. Mai 2015 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, dem Antrag auf Drucksache 18/3726 zuzustimmen.

Zu Buchstabe b

Der **Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz** hat in seiner 55. Sitzung am 20. Mai 2015 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 18/3730 abzulehnen.

Zu Buchstabe c

Der **Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz** hat in seiner 55. Sitzung am 20. Mai 2015 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag auf Drucksache 18/3733 abzulehnen.

Der **Finanzausschuss** hat in seiner 42. Sitzung am 20. Mai 2015 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag auf Drucksache 18/3733 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** hat in seiner 40. Sitzung am 20. Mai 2015 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag auf Drucksache 18/3733 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat in seiner 44. Sitzung am 20. Mai 2015 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag auf Drucksache 18/3733 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat in seiner 37. Sitzung am 20. Mai 2015 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag auf Drucksache 18/3733 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Gesundheit** hat in seiner 44. Sitzung am 20. Mai 2015 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag auf Drucksache 18/3733 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit** hat in seiner 47. Sitzung am 20. Mai 2015 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag auf Drucksache 18/3733 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat in seiner 34. Sitzung am 20. Mai 2015 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag auf Drucksache 18/3733 abzulehnen.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat in seiner 36. Sitzung am 20. Mai 2015 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag auf Drucksache 18/3733 abzulehnen.

#### IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

##### 1. Abschließende Beratung

Zu den Buchstaben a, b und c

Der Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft hat den Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD auf Drucksache 18/3726, den Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf Drucksache 18/3730 sowie den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 18/3733 in seiner 35. Sitzung am 20. Mai 2015 abschließend beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** betonte, alle drei Anträge verfolgten das gemeinsame Ziel, die gesunde Ernährung zu stärken und die Wertschätzung von Lebensmitteln zu verbessern. Allerdings unterschieden sich die Anträge in der Frage, welcher Weg zur Erreichung dieses Ziels eingeschlagen werden sollte. Die Fraktion der CDU/CSU präferiere hierbei einen ganzheitlichen ernährungsbezogenen Ansatz und damit einen Weg, der auf eine insgesamt wertschätzende, ausgewogene und maßvolle Ernährung abstelle statt die Regulierung einzelner Lebensmittel oder Nährstoffe. Gerade bei Kindern und Jugendlichen sei es von großer Bedeutung, ausgewogene Ernährungsgewohnheiten, beispielsweise in der Schulverpflegung, zu fördern. Aber auch bei Erwachsenen und älteren Menschen müssten entsprechende Anstrengungen, u. a. durch Information und Bildungsangebote, verstärkt werden. Deutschland entwickle sich sonst langsam zum „Land der Übergewichtigen“. Es gebe kein Patentrezept gegen Übergewicht bei Menschen, doch könne ihm durch ausgewogene Ernährung sowie ausreichende Bewegung am besten begegnet werden. Hierbei müssten bei der gesundheitlichen Präventionspolitik stärker Bewegungsmangel und falsche Ernährungsgewohnheiten in den Fokus gerückt werden. Neben der Ernährungsbildung müssten die Menschen auch für die Vermeidung von Lebensmittelabfällen sensibilisiert werden. Dazu gehöre, das Wissen über die Landwirtschaft und die Herstellung von Lebensmitteln zu erhöhen.

Die **Fraktion der SPD** bemerkte, alle Fraktionen seien sich darin einig, dass eine ausgewogene Ernährung eine wichtige Basis für ein gutes und gesundes Leben eines jeden Menschen sei. Bedauerlicherweise sei in

Deutschland in den vergangenen Jahren eine Zunahme von ungesundem Ernährungsverhalten und Bewegungsmangel festzustellen, in deren Folge die Anzahl der übergewichtigen Menschen zunehme. Es sei für die Fraktion der SPD von besonderer Wichtigkeit, dass gegen den Anstieg ernährungsbedingter Krankheiten aktiv vorgegangen werde. Hierbei müsse die Gruppe der Kinder und Jugendlichen in einen besonderen Fokus gerückt werden. Der Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD plädiere u. a. für verpflichtende Qualitätsstandards für Schulverpflegung und öffentliche Kantinen, für ein Werbeverbot für ungesunde Lebensmittel in Grundschulen und Kindertagesstätten sowie süßigkeitenfreie Kassenzonen in Supermärkten. Zudem müsse die Wirtschaft mit einer nationalen Reduktionsstrategie für Zucker, Fett und Salz in Fertigprodukten in die Pflicht genommen werden. Die Fraktion der SPD wolle nicht nur ausschließlich an die Verbraucher appellieren, ihr Verhalten zu verändern, sich gesünder und bewusster zu ernähren und sich mehr zu bewegen. Vielmehr gehe es ihr auch darum, die Rahmenbedingungen für eine gesunde Ernährung zu verbessern, damit alle Menschen und gerade alle Kinder eine Chance auf ein gutes und gesundes Leben hätten.

Die **Fraktion DIE LINKE.** stellte fest, der Handlungsbedarf beim Thema „Ernährung“ sei sehr groß. Die Politik sei gefordert, viele bekannte Defizite entschlossen anzugehen. Allerdings habe die Fraktion DIE LINKE. Zweifel, ob die Fraktionen der CDU/CSU und SPD hierzu wirklich bereit seien. Sie setzten zuvorderst auf freiwillige Lösungen. Ihr Antrag enthalte viele wohlfeile Formulierungen, doch fehle die Ursachenbenennung für die gesundheitsbelastende Ernährungsweise der Verbraucher. Die Verantwortung für gesundheitsbelastende Ernährungsweisen trügen nicht allein die Verbraucher, sondern auch die Lebensmittelindustrie. Letztere profitiere von den derzeitigen unzureichenden gesetzlichen Rahmenbedingungen. Dazu gehöre auch das Fehlen einer sog. Nährwertampel bei der Kennzeichnung von Lebensmitteln. Die Fraktion DIE LINKE. teile die Antragsforderung der Fraktionen der CDU/CSU und SPD, bei der Kindertagesstätten- und Schulverpflegung einheitliche Qualitätsstandards vorzugeben. Das alleine reiche aber nicht aus. Nach wie vor existiere die Situation in Deutschland, dass eine gesunde und ausgewogene Ernährung für Kinder und Jugendliche auch eine Frage des Geldes sei. Es dürfe nicht sein, dass ein Kind nur deswegen keine qualitativ hochwertigen Kindertagesstätten- oder Schulverpflegung erhalte, weil es in einer „armen“ Kommune lebe. Deswegen stehe für die Fraktion DIE LINKE. der Bund in der Pflicht, für gleichwertige Lebensverhältnisse zu sorgen. Er müsse, wie im Antrag der Fraktion DIE LINKE. gefordert, die Finanzierung einer hochwertigen und flächendeckenden Verpflegung in Kindertagesstätten und Schulen sicherstellen.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** äußerte, alle drei Anträge enthielten viele deckungsgleiche Forderungen. Die Anträge eine das Ziel, die Gesundheit der Bevölkerung durch bessere Ernährung zu verbessern. Sie bezweifle, ob alle im Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD genannten Forderungen auch vollständig von sämtlichen Mitgliedern dieser Fraktionen mitgetragen würden. Das gelte beispielsweise für die Forderung, dass die Bundesregierung gemeinsam mit der Lebensmittelwirtschaft und dem Lebensmitteleinzelhandel eine nationale Strategie für die Reduktion von u. a. Zucker erarbeite solle. Der Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD sei von der Strategie der freiwilligen Kooperationen mit der Industrie geprägt. Es sei fraglich, ob es der Bundesregierung gelingen werde, mit den Unternehmen der Lebensmittelbranche in einen erfolgreichen Prozess einzusteigen, der dazu führe, dass z. B. Limonaden zuckerärmer und Fertigpizzen zukünftig salzärmer gestalten werden. In den Anträgen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD sowie der Fraktion DIE LINKE. fehle das Thema „Lebensmittelhandwerk und Regionalität“. Insbesondere das regionale Lebensmittelhandwerk, u. a. Metzgereien und Bäckereien, gerate durch sog. Backshops und Discounter, die ihre Waren auf Kosten der Vielfalt und der regionalen Verantwortung anböten, zunehmend unter Druck. Das müsse die Politik zum Handeln veranlassen. Dazu gehöre u. a. eine klarere gesetzliche Definition von Begriffen wie z. B. „frisch gebacken“ oder „handwerklich produziert“.

## 2. Abstimmungsergebnisse

Zu Buchstabe a

Der **Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dem Deutschen Bundestag die Annahme des Antrags auf Drucksache 18/3726 zu empfehlen.

Zu Buchstabe b

Der **Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 18/3730 zu empfehlen.

Zu Buchstabe c

Der **Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LIKE., dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 18/3733 zu empfehlen.

Berlin, den 20. Mai 2015

**Katharina Landgraf**  
Berichterstatteerin

**Jeannine Pflugradt**  
Berichterstatteerin

**Karin Binder**  
Berichterstatteerin

**Nicole Maisch**  
Berichterstatteerin





